

Frauenstimme

Nr. 15 + 42. Jahrgang

Beilage zum Vorwärts

23. Juli 1925

Gegen den Geist der Gewalt!

Als noch der dumpfe, schwere Druck eines vierjährigen gegenseitigen Vernichtungskampfes der Völker, das stete Bangen um uns liebe Menschen und schließlich das quälende Bewußtsein darum, daß täglich, stündlich junge, lebensfrohe Menschen in Qualen dahinsinken mußten, auf uns lastete, da hatten wir alle die feste Ueberzeugung: Nie wieder könnten sich diese Eindrücke bei den Generationen, die bewußt dies alles erleben mußten, verwischen.

Aber nach kurzem Aufglühen stolzester Hoffnungen in den ersten Wochen der Revolution stürzte immer neues auf uns ein; verhängnisvolle, von kriegerischem Geist diktierte Friedensverträge wirkten zusammen mit der Selbstsucht der noch immer herrschend Gebliebenen in Deutschland, sie nutzten die ihnen gebliebene wirtschaftliche Macht gegen die Bestillosen. Kriegsgewinne — Unterernährung, das waren die Gegenpole der Jahre des Völkermordens, Inflationsgewinne — Elend und Verzweiflung waren die Parallele dieser vergangenen Nachkriegsjahre, unterbrochen nur von den schrillen Tönen des Kampfes gegen den neuen Staat, dem Dahinmorden der besten Vorkämpfer der Republik.

Hat das deutsche Volk, haben die deutschen Proletarier über all dieser neuen Not, diesen neuen Tageskämpfen, denen sich nunmehr im Zoll- und Steuerkampf das Ringen um die nackte Existenz anschließt, den schrecklichen Ausgangspunkt alldieses Erlebens vergessen? Ist man sich nicht mehr bewußt, daß erst der Weltkrieg und seine Zerstörungen auf allen materiellen und geistigen Gebieten den Boden bereitete für all das Schwere, das sich anschloß? Fast möchte es so scheinen. Und doch kommen aus allen Himmelsrichtungen der Welt Mahnungen an unser Ohr, die uns erinnern sollten, daß der Geist der Gewalt, der Wille zur Unterdrückung der Schwächeren noch keineswegs aus der Welt geschwunden, ja scheinbar noch nicht einmal abgeschwächt ist.

Während jetzt in Afrika das Feuer lichterloh aufflammt, glimmt ein anderer Feuer- und Gefahrenherd im fernen Osten. Seit Jahren ist das große chinesische Reich von sozialen Umwälzungen erfaßt. Revolutionäre Umschichtungen haben das dicht bevölkerte Land erfaßt, aber der Umwälzungsprozeß ward künstlich gestört dadurch, daß die ausländischen Mächte sich diese politischen Umgestaltungen zunutze machen wollten, um ihr Streben nach Machterweiterung zu befriedigen. Darum suchten sie die in Zeiten revolutionärer Umgestaltung stets hervorgerufene Schwäche der Regierungsgewalt auch in diesem Falle auszunutzen, um sich einen guten Anteil am chinesischen Kuchen zu sichern. England und Frankreich sind dabei im Spiele, aber auch Rußland ist mit von der Partie, wenn es sein Ziel auch auf umgekehrtem Wege, nämlich dem der Unterstützung einer bestimmten chinesischen Partei, zu erreichen trachtet.

Daneben macht insbesondere England der Selbständigkeitswille der Völker Indiens, Ägyptens u. a. zu schaffen, glimmt es allenthalben unter der Decke und kann durch irgendein Ereignis zur Flamme werden. Will der Kapitalismus den Krieg? — Nein, den Krieg selbst will er nicht, aber er will sein Machtstreben befriedigen, will sich auf lange Zeit hinaus Anlagemöglichkeiten für anwachsendes Kapital sichern. Und wenn auf dem Wege der Erreichung dieses Zieles der Krieg unvermeidlich wird, nun, dann führt er ihn eben. Oder besser gesagt — er läßt ihn führen, ebenso wie er den bestillosen Proletarier arbeiten läßt. Aber auch den kapitalistischen Mächten erscheint der Krieg als ein gefährliches Handwerk, das von Gefahren umlauert ist und manch-

mal zu einem unrentablen Geschäft werden kann. Darum verschmähen sie nicht Versuche, auf gewissen Gebieten zu einer Befriedung zu gelangen. So schweben zurzeit die Verhandlungen Deutschlands mit den Alliierten, die darauf hinauslaufen, für die deutsche Westgrenze einen Sicherheitspakt abzuschließen, der die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen endgültig garantiert und für die deutsche Ostgrenze vorsieht, daß keinerlei militärisches Vorgehen stattfinden darf, ehe nicht ein Schiedsgericht über die Streitfrage gesprochen hat.

Der Rotenaustausch ist noch im Gange und wir haben als Sozialisten allen Grund, jeden Versuch zu unterstützen, die internationalen Streitfragen auf anderem Wege als dem des Waffenaustrags zu lösen. Aber dennoch darf diese grundsätzliche Einstellung nicht dazu führen, daß nun die rosigsten Friedenshoffnungen die Gemüter beherrschen, daß der Wahn aufkommt, das Zeitalter des friedlichen Imperialismus sei angebrochen, auch die kapitalistischen Mächte verabscheuten nunmehr jegliche Anwendung von Mord und Gewalt und erkennen den Krieg endgültig als gegen ihre eigenen Interessen gerichtet an. Vergessen wir nicht, daß dasselbe Frankreich, mit dem wir zurzeit im Gedankenaustausch über einen Garantiepakt stehen, Krieg führt gegen die marokkanischen Völker; daß England die von ihm beherrschten Völker unter seiner Macht behalten will und bei allen internationalen Konflikten seine Hand im Spiele hat, den Hafen von Singapore nunmehr doch zur Festung ausbaut und seine Flotte weiter aufrüstet. Das alles geschieht doch nicht ausschließlich zur Sicherung des Friedenspactes! Und ist etwa in Deutschland es als Zeichen des verschwundenen Geistes der Gewalt zu werten, wenn Hindenburg, der Feldmarschall des Weltkrieges, den Präsidentenstuhl als Nachfolger Fritz Eberts ziert, wenn eine von den Deutschnationalen beherrschte Regierung das Szepter schwingt?

Innen- und außenpolitische Methoden stehen in enger Verknüpfung miteinander. In der Innenpolitik aber sehen wir einen Angriffsgeist auch in unserem Lande wach, der vor den schwersten Missetaten auf die nackte Existenz der schaffenden Bevölkerung nicht zurückschreckt. Im schwersten Kampfe müssen sich Männer und Frauen des deutschen Proletariats zur Wehr setzen gegen Männer des eigenen Volkes, die die Tischdecke immer fester zu sich heranziehen wollen. Kampf, schwerster Kampf im Innern — das ist das Zeichen der Stunde. Derselbe Geist aber, der die Wirtschaftskämpfe im Innern beherrscht, ist auch wach in der Führung der Außenpolitik. Und darum gibt es keine absolute Garantie dafür, daß nicht auch der Versuch in der Zukunft unternommen werden könnte, unser Land und Volk hineinzureißen in eine gewaltsame europäische Auseinandersetzung, sofern sich die herrschende Klasse davon irgendeinen materiellen Vorteil verspricht.

Wir aber haben es im Weltkrieg gelernt, daß das Proletariat aller Staaten immer der Verlierer jeden Krieges sein wird, daß er für uns nur sinnlose Opfer und tieferes Versinken in Not und Verelendung wäre. Darum wollen wir gerade an den Erinnerungstagen des großen Völkerschlachtens unseren Geschlechtsgenossen zurufen: Vergesse es nicht, was an harter bitterer Erkenntnis euch die vier Kriegsjahre gelehrt! Seht heute bereits und überall dem Geiste der Ausbeutung und Gewalt entgegen den hehren Gedanken der sozialistischen Völkergemeinschaft!

Tony Sender.

Das Recht der Frau auf Arbeit.

Von Marie Juchacz.

Im Reichstag ist am Freitag, den 18. Juli in zweiter Lesung des Gesetzes über eine Aenderung der Personalabbauverordnung mit einer Stimme Mehrheit ein Beschluß gefaßt worden, der für uns Frauen über seinen Kreis hinaus eine Bedeutung hat. Wenn dieser Beschluß bei der voraussichtlich im Laufe dieser Woche stattfindenden dritten Lesung aufrecht erhalten bleibt, fällt damit der berüchtigte § 14 der Personalabbauverordnung, der die weiblichen Beamten gegenüber den männlichen sehr stark benachteiligte. Es ist anzunehmen, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Demokraten) alles aufbieten werden, um den Beschluß wieder aufzuheben.

Worum handelt es sich? Die Personalabbauverordnung wurde im Herbst 1923 als Folge der Inflation und der Notwendigkeit der Stabilisierung unter dem Ermächtigungsgesetz erlassen. Jetzt nach fortschreitender Gesundung der Reichsfinanzen müssen Regierung und Reichstag die alten Beamtenrechte wieder herstellen. Für uns handelt es sich hier nur um das, was für die Frauen in besonderem Maße in Frage kommt. Wollen wir den Artikel 14 der Abbauverordnung ganz verstehen, ist es gut, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, was der Finanzminister im November 1923 zur Durchführung der Personalabbauverordnung sagte:

„Das Dienstverhältnis der verheirateten Beamtin kann jederzeit am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende gekündigt werden, sofern nach dem Ermessen der zuständigen Behörde die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten gesichert erscheint. Es ist bei Anwendung der Vorschrift davon auszugehen, daß bei verheirateten weiblichen Beamten die wirtschaftliche Existenz durch die Heirat an und für sich gesichert erscheint, so daß den verheirateten weiblichen Beamten ohne nähere Ermittlung der Behörde über die Frage ihrer wirtschaftlichen Versorgung gekündigt werden kann. Demgemäß wird Artikel 14 nur dann nicht angewendet werden dürfen, wenn von den verheirateten weiblichen Beamten dargelegt wird, daß trotz ihrer Verheiratung ihre wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert erscheint.“

„Im übrigen wird im Interesse des Abbaues sämtlicher verheirateten Beamten möglichst schon jetzt zu kündigen sein.“

Die Sozialdemokratie hatte nun den Antrag gestellt, den Artikel 14 der Personalabbauverordnung zu streichen. Dieser Antrag ist, wie schon erwähnt, mit 180 gegen 179 bei einer Stimmenhaltung im Reichstag angenommen worden. Außerdem hat die Sozialdemokratie noch eine Entschließung eingebracht, die ebenso wie der vorher skizzierte Antrag bei der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht wird. Sie lautet:

„Die Reichsregierung ist zu ersuchen, diejenigen auf Grund des Artikel 14 der Personalabbauverordnung entlassenen verheirateten Beamtinnen, deren wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert ist, wieder in den Dienst einzustellen.“

Die bürgerlichen Frauen bezweifelten, daß der sozialdemokratische Antrag angenommen werden würde. Sie haben deshalb verschiedene Anträge zur Vorlage eingebracht. So z. B. verlangten die Demokraten, daß die lebenslanglich angestellt gewesenen Beamtinnen mit dem Zeitpunkt der Entlassung als in den einstweiligen Ruhestand versetzt gelten sollen. Weiter forderten sie, daß für kündbar angestellt gewesene weibliche Beamte, sofern sie eine mehr als zehnjährige Ruhegehaltsfähige Dienstzeit zurückgelegt oder das 50. Lebensjahr vollendet haben, das gleiche gelten soll.

Frau Teusch verlangte in Verbindung mit den Frauen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in einer Entschließung, daß die Reichsregierung durch den Reichstag ersucht werden soll, darauf hinzuwirken, daß die auf Grund des berüchtigten Artikel 14 ausgeschiedenen Frauen bei der Verwendung von Hilfskräften im Reichsdienst vorzugsweise berücksichtigt werden sollen.

Für uns Sozialdemokratinnen entstehen bei der Betrachtung dieser Dinge verschiedene Fragen. Zuerst aber wollen wir einmal feststellen, daß nach der Reichsverfassung Artikel 109 Männer und Frauen grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten haben sollen und daß es ebenfalls nach der Verfassung, Artikel 128, kein Ausnahmerecht mehr gegen weibliche Beamte geben soll.

Zu den früheren Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte gehörte bekanntlich auch das Heiratsverbot, das dann in Ausführung der Reichsverfassung aufgehoben worden ist. Durch die Inflation, die in ihren Folgeerscheinungen und Notwendigkeiten zur Abbauverordnung drängte, ist dieser Grundsatz der Verfassung vorübergehend außer Kraft

gesetzt worden. Kein normaler Staatsbürger hat sich vorgestellt, daß das nun ein Dauerzustand, d. h. ein Rückfall in alte Zeiten sein sollte. Anders die Reichsregierung. Ungeliebig hat sie herausgefunden, daß die Arbeit der verheirateten Frau im Beamtenverhältnis nicht so lohnend ist, wie sie will, wie sie vorgibt, aus dem Grunde, in Wirklichkeit aber aus einer rein reaktionären Einstellung heraus, den alten Zustand des Zölibats für Beamtinnen auf dem Umwege wieder einführen.

Grundsätzlich haben wir nun die Frage aufzuwerfen: Hat die Frau im allgemeinen überhaupt das Recht auf Arbeit? Jede Frau weiß, daß, wenn sie auch als Verheiratete in die Fabrik gehen will, wenn sie als Wäschfrau oder Putzfrau arbeiten will, keine Hemmungen, außer der evtl. Ueberlastung des Arbeitsmarktes für sie vorhanden sind. Kein Reichstag, kein Landtag beschließt sich grundsätzlich mit der Frage, ob eine verheiratete Frau im Haushalt oder Bureau scheuern und putzen darf oder nicht. Sofern die Frau den Beweis der Tüchtigkeit in einem einmal erwählten Beruf erbracht hat, ist es auch möglich, als verheiratete Frau noch weiter in gelernten Berufen, im Bureau und in Verkaufsläden zu arbeiten. Ähnlich ist es mit der Ausübung irgendeines freien akademischen Berufes. Anders im Beamtenverhältnis: Hier soll ganz plötzlich gegen die Frauarbeit „zugunsten der Ehe“ entschieden werden.

Jeder Einsichtige, der die wirtschaftliche Entwicklung mit Verständnis verfolgt, weiß heute, daß die Frau unerbittlich in das Berufsleben hineingezogen wird und daß es gar nicht von dem Willen des Gesetzgebers oder des einzelnen abhängt, ob Frauen erwerbstätig sein sollen oder nicht. Wenn man diese Entwicklung bejahen muß, dann ist es aber auch nicht gerechtfertigt, aus einem bestimmten Berufe die Frau auszuschließen zu wollen. Wie wissen genau, daß für sehr viele Frauen, die Doppelbelastung durch Haushalt und Kinder fast unerträglich ist und daß viele Frauen gern eine günstige Gelegenheit ergreifen würden, um ganz ihren Hausfrauen- und Mutterpflichten zu leben. Auf der anderen Seite ist aber auch unverkennbar, daß es neben den privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten für die einzelne Frau auch das Bedürfnis nach der Ausübung eines Berufs vorhanden ist. Auch dieses ganz individuelle Recht der einzelnen Frau darf unseres Erachtens nicht etwa mit einem Federstrich beseitigt werden. Und wohin sollte es führen, wenn man die Konsequenzen durch alle Zweige des Wirtschaftslebens ziehen würde.

Nun noch etwas zu der Frage der mindereren Arbeitsleistung der verheirateten Beamtin. Industrie und Handel als Arbeitgeber haben sowohl in den Fabrikräumen wie in den Bureaus und Verkaufsläden verstanden, die verheirateten Frauen so in den Dienst der Arbeit einzuspannen, daß durch die Ehe der Arbeit keine Beeinträchtigung zugefügt wird. Was dort möglich ist, sollte im Beamtenverhältnis nicht durchführbar sein?

Aber noch eine andere interessante Frage entsteht im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Reichstag. Es hat sich die bemerkenswerte Tatsache vollzogen, daß die Frauen sämtlicher Parteien, d. h. deutschnationalen bis zu den sozialdemokratischen (Ruth Fischer wird vielleicht oder auch nicht erklären können, weshalb sie ihre Unterschrift nicht gegeben hat) sich mit einer gemeinsamen Entschließung an die männlichen Mitglieder des Reichstags gewandt haben. Sie verlangen in dieser Entschließung, daß der Reichstag, d. h. die Männer den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zu Artikel 14 der Personalabbauverordnung nicht beitreten sollten und brachten zum Ausdruck, daß der Artikel 14 den verfassungsgemäß den Frauen gewährleisteten Rechten widerspricht und daß er in seiner Konsequenz über die heutigen großen sozialen Schwierigkeiten der Eheschließung hinweggeht, die verheirateten Beamtinnen einem Sonderrecht unterstellt, gegen das sie vom Standpunkt der Frau und der Beamtin mit Recht Verwahrung einlegen.

Rechtfertigt dieser gemeinsame Vorstoß der Frauen die Annahme, daß es eine große allgemeine Frauensolidarität gibt, und ist es möglich, die Frauen auch in der Folge auf eine gemeinsame Linie zusammenzubringen? Bis jetzt ist das tatsächlich bisher nur bei speziellen Berufsfragen möglich gewesen, während bei anderen großen Menschheitsfragen die Abstimmungen rein nach Weltanschauung und Parteigruppierung gefallen sind. Auch diese Abstimmung rechtfertigt nicht die Annahme, daß es in Zukunft hiermit anders werden könnte. Immerhin ist es interessant, daß wenigstens in den Fragen des ganz persönlichen Rechtes auf Arbeit eine gewisse Gemeinsamkeit durch die Reihen der politisch tätigen Frauen geht.

Frauen, vergeßt nicht!

Von Heria Gotthelf.

Lage des Gedankens kommen nun, Tage, an denen jeder sich unwillkürlich zurückversetzt in die unheilswangeren Wochen vor dem Kriegsausbruch, in denen Verbrecherhände das Feuer entzündeten, das vier Jahre lang die europäische Kulturwelt verwüstete.

Lage des Gedankens! Sie sind notwendig, denn nur zu sehr sind die Menschen in ihrer Schwäche und Kurzsichtigkeit geneigt zu vergessen und den Schleier der romantischen Verklärung über Dinge zu breiten, hinter denen nichts weiter steht als Wahnsinn und Verderben. Verbrecherische Demagogie ist auch heute am Werke, diese Neigung zur Vergesslichkeit auszunutzen und namentlich den Frauen von den „herrlichen Zeiten“ des kriegerischen Stahlbades vorzuschwärmen.

Herrliche Zeiten! Jeden Tag Siege — jeden Tag Fahnen und in jeder Minute das erhebende Bewußtsein: Wieder ein paar zerlegte Menschenseiber mehr, da irgendwo im Osten, Westen oder Süden brennen ganze Städte, plagen Bomben und Granaten, werden Menschen wehrlos zu Tausenden ersticht durch giftige Gase.

Und mitten drin in dem Hezenabbat war er, der Mann, der Sohn, der Bruder, der Vater! Verkauft und dreckig lag er in einem eifigen Erdloch voll Wasser — ein winziges Etwas gegenüber dem Moloch Krieg.

Wirklich, es war eine große Zeit — wert, im Gedächtnis aller Frauen lebendig zu bleiben —; vergeßt sie nie!

Vergeßt es nicht, daß man Hunderttausende zu Krüppeln schob, daß junge, lebensvolle Menschen ihren Verstand verloren und daß andere heimtamen, blind, zerbrochen an Leib und Seele.

Denkt an die Gräber im Osten, Westen und Süden, in denen so viel beschossen liegt an Liebe, Glück und Sehnsucht!

Denkt an all den Jammer und all das Elend, Tag um Tag, oder lange, bange, qualvolle Jahre!

Vergeßt es nie, welche Rolle jene in der „herrlichen, großen Zeit“ spielten, die jetzt wieder hervorkommen aus ihren Schutzwinkeln, in die sie einst ein respektvoller Novemberwind verwehte. Und wie sie euch wieder einsaugen wollen mit all den schönen Worten, die euch damals einfluteten: „Vaterländische Ehre“, „Nationalstolz“, „Ueber tot, als Sklav!“ und so weiter.

Vergeßt es nie, wie sie offen und insgeheim die Aufbaubarbeit der Arbeiterschaft störten und systematisch das Werk untergruben, das mühsam aus Schutt und Trümmern errichtet wurde.

Vergeßt ihn nie, den Rapp-Putsch, wenn sie nun zu euch kommen und sich als Volksfreunde und „Retter“ aufspielen.

Vergeßt auch nicht jene, die man feig und hinterwärts ermordete, weil in ihrer Seele nichts lebendig war als die Liebe zu ihren unterdrückten Brüdern: Liebtnecht, Luxemburg, Eisner, Landauer, Gareis, Rathenau und die vielen anderen! Sollen sie umsonst gestorben sein?

Vergeßt es nie, wie sie ihn, den Graden, Stillen, Aufrechten hekten und durch den Schmutz schleiften noch über seinen Tod hinaus, weil er zu uns gehörte und uns die Treue hielt: Ebert.

Und auch daran denkt, an die Jahre der Inflation! Wie das Kapital mächtiger wurde mit jedem Tag und anschwoh und alles in sich aufsaugte, und wie sie euch alles nahmen, Schritt für Schritt — wie ihr da standet mit gebundenen Händen — hungernde Billions — und zusehen müßtet, wie eurer Rechte eins nach dem anderen illusorisch wurden, auf dem Papier standen, preisgegeben der Willkür der Unternehmer.

Frauen! Nicht nur den Krieg in all seinem verbrecherischen Wahnsinn behaltet im Gedächtnis — vergeßt auch nicht die Jahre des Leidens, die aus ihm erwachsen!

Und eines vor allem bedenket stets: solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht durch eine sozialistische abgelöst ist, solange seid ihr und eure Kinder stets in Gefahr, neuen Kriegen, neuen „herrlichen Zeiten“ entgegengesührt zu werden.

Tut darum eure Pflicht als proletarische Frauen, erzieht eure Kinder zu freien, aufrechten, sozialistischen Menschen, führt eure Mitgeschwestern auf, zeigt ihnen das wahre Gesicht jener Volksbeglückter mit Monopol und Gummiknüppel, deren Macht stets nur auf der Vertrauenslosigkeit der Dummen beruht, die selber nie alle werden.

Seid Kämpfer im großen Kampf, der uns alle eint, für eine freie, befreite Menschheit, für das Recht aller arbeitenden Menschen, für den Sozialismus!

Wer will unter die Soldaten?

Von Anna Siemsen.

Sehr viele, besonders bürgerlich-demokratische Zeitungen bemühten sich darzutun, daß mit Hindenburgs Präsidentschaft eigentlich gar nichts geändert wäre. Wenn aber schon, dann sei es eine Aenderung zum Besseren: Der Heros der Monarchisten sei gezwungen gewesen, den Eid auf die Republik abzulegen. Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!

In der Wirklichkeit sieht man es anders. Die Spiele der Kinder unter meinem Fenster haben sich geändert. Sie tragen Helme, Trommeln und schwarzweißrote Fähnchen und ziehen in Kolonnen mit Trommelwirbel und Gesang durch die Straße: „Wer will unter die Soldaten, der muß haben ein Gewehr.“

Haben die Kinder, die gestern noch mit Murmeln und Fußball spielten, plötzlich so ihren Geschmak geändert? Nein, aber die Frau

Mamas sind zur Feler der Hindenburgpräsidentschaft hingegangen und haben ihnen die Helme, Gewehre, Trommeln und Fahnen gekauft: „Damit sie doch auch wissen, was dieser Tag zu bedeuten hat.“ Eine hat es vorgemacht und die anderen sind gefolgt. Wahrscheinlich haben die Kinder gequält: „Der Fritz hat solch schönen Helm. Kauf mir doch auch einen.“ Und die Mütter haben nachgegeben, haben mitgemacht, und so sind die Kinder auf einmal wieder im schönsten Kriegsrummel drin.

Während der sich in den Straßen breit macht, während überall wieder die schwarzweißroten Fahnen wehen, der Stahlhelm Schließübungen abhält und der Jungdo Hindenburg-Paraden, und während die demokratische Presse das alles als einen Sieg der Republik ausposaunt, gibt es in Deutschland hier und da in verborgenen Abteilungen der Krankenanstalten Frontkämpfer, denen das Stahlbad des Krieges nachhaltiger angeschlagen ist als den Herren Generalen und Feldmarschällen der deutschen Republik in ihren Hauptquartieren und Etappen. Von ihnen weiß niemand, von ihnen spricht niemand. Und sie selbst sind sprachlos, trostlos, hilflos.

Vor Jahren bin ich durch einen Zufall in solch ein „Lazarett für Rieserverletzte“ hineingeraten. Und was ich da gesehen habe, werde ich bis in meine Todesstunde nicht vergessen. Die Glücklichsten, die besten und erfolgreichsten Fälle sahen aus wie gesticelte Puppengesichter, die eine ungeschickte Hand zusammengesetzt hat. Ein Auge, eine Nase, eine Ober- und Unterlippe und Baden, die nicht zueinander passen wollten, die ausdruckslos und starr wie schlechte Karikaturen in die Welt grinsten, lächerlich und grauenvoll. Aber es gab andere, wo Mund und Nase weggerissen waren und nur die Augen über einer fürchterlichen Höhle noch an das Menschengesicht erinnerten, das dies einmal gewesen. Und es gab „Gesichter“, die gar nichts anderes mehr waren als ein Haufe wild wuchernden Fleisches.

Man hat sie vergessen. Man will nicht an sie erinnert sein, weil sie uns stören würden in unseren profitablen Geschäften und in der Vorbereitung auf das neue Stahlbad, für das 15 Millionen Deutsche gestimmt haben, indem sie Hindenburg wählten.

Aber wäre es nicht gut gewesen, wenn bei des neuen Reichspräsidenten Einzug in Berlin neben ihm statt des lächelnden, konziliananten und gewandten Doktor Luther einer dieser Frontkämpfer gesessen hätte? Er hätte nicht sprechen und nicht hoch rufen können aus dem offenen Schlund, dem Lippen, Zähne, Zunge weggerissen sind. Aber er hätte noch deutlicher geredet von der großen Zeit, deren Führer Hindenburg war, von dem Kriege, der nach Hindenburgs Meinung ja dann am barmherzigsten ist, wenn er am grausamsten ist, von den herrlichen Zeiten, denen uns dieser Vertreter des Kriegswillens, dies Symbol des Weltkrieges, mit Gottes Hilfe — wieder entgegenzuführen wird.

Er sah nicht neben Hindenburg beim Einzuge. Aber für Augen, die sehen wollten, hat er hinter ihm gestanden, wird er hinter ihm stehen, unausweichlich, unentrinnbar. Alle, die dem Kriege und dem Blutvergießen, der Zerstörung und dem Morde zugejubelt haben, als Hindenburg in Berlin einzog, alle, die begeistert das alte Soldatenpiel mitmachen, werden sich eines Tages vor diesem Gespenst verantworten müssen. Sie werden nicht sagen können: „Wir haben es nicht gemußt“, und werden keine Entschuldigung haben: haben es nicht gemußt“, und werden keine Entschuldigung haben: Kinder.

Diese Kinder aber spielen unterdessen Soldaten. Ihre Mütter taufen ihnen Helme, Fahnen, Trommeln und Gewehre. Und sie spielen sich langsam, unabwendlich in das Schicksal jener hinein, die als lebende Leichen in irgendeinem Winkel gefangen gehalten werden, um die Schmach des Krieges, die Schmach Deutschlands zu verbergen. Wird irgendein Mensch in der Welt, wenn das geschieht, mit Deutschlands Müttern Mitleid haben dürfen?

Wandlung.

Von Max Doria.

Das Herz der Erde spie rotes Blut, feurige Fahnen schwebten über den Völkern, Revolution!

Und alle leuchtigen Blüten schenken ihr sanftes Rot, das einte sich den feurigen Willensfahnen.

Und die Sterne der dunklen Nacht küßten die roten Banner der allmenschlichen Gemeinsamkeit.

Aus den Herzen der Menschen aber stand auf die Güte, die Liebe, golden schrieb sich die gütige Liebe ein in die roten Banner! Friede!

Alle Vögel aber sangen am ersten Mal die Schönheit neuen Werdens.

Die Winde tanzten um die Gipfel der Berge ihren silberstüßigen Reigen.

Die Ebene atmete tief und schwer: Fruchtbarkeit!

Die Kinder schauten auf die Alten und die blauen Augen der Kinder fragten: Wohin der Weg?

Da sah sich Mensch an Mensch, Volk einte sich dem Volke, und ein Kranz aller Völker scharte sich um die roten Banner des ersten Mal.

Die Weltenseister ritten auf weißen Schimmeln über die blauen Himmelsbrücke.

Die Sonne spielte auf der goldenen Welle: Harmonie.

Kinderschutz in der Filmindustrie.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Von Hedwig Wachenheim.

Kinder waren in Deutschland bisher vor der Beschäftigung in der Filmindustrie kaum geschützt. Filmbetriebe zählen nicht zu den gewerblichen Betrieben, in denen Kinder nach der Gewerbeordnung überhaupt nicht, oder wenn mehr als 10 Arbeiter darin arbeiten, nicht beschäftigt werden dürfen. Die Aufnahmen zu Filmen sind aber auch keine öffentlichen theatralischen oder andere Schaustellungen, bei denen Kinder nach dem Kinderschutzgesetz von 1903 nur nach polizeilicher Genehmigung mitwirken dürfen, wenn ein höheres Interesse von Kunst oder Wissenschaft vorliegt. 1903 kannte man eben noch keine Filmindustrie.

Dabei nimmt die Beschäftigung von Kindern bei Filmaufnahmen ständig zu. Besonders seit die amerikanischen jugendlichen Filmstars wie Jackie Coogan und Baby Peggy in Deutschland große Erfolge erringen, will die deutsche Industrie sich den Gewinn, der aus der Neigung des Publikums für das Kind auf der Leinwand entspringt, nicht entgehen lassen. Die Gefahr für die Kinder ist nicht minder groß wie beim Theater; denn zu der Ueberanstrengung, der Unregelmäßigkeit des Lebens, den Schulverfäumnissen, der Phantasieüberreizung durch Spiel und Unterhaltung der Schauspieler, der schlechten Unterbringung während der Pausen tritt die Gefahr für die Augen durch das Licht der Jupiterlampen.

Der Polizeipräsident von Berlin, damals noch Genosse Richter, erließ darum am 30. Juni 1924 eine Verordnung zum Schutz der Kinder bei Filmaufnahmen, die für Kinder unter 3 Jahren die Beschäftigung vollkommen verbietet und sie für ältere von einer polizeilichen Genehmigung abhängig macht, die dann nicht erteilt werden darf, wenn eine schädliche Einwirkung auf das Kind in sittlicher, geistiger und gesundheitlicher Beziehung oder eine Ueberreizung seiner Phantasie durch den Inhalt der Szenen, in denen es mitwirkt, oder durch die von ihm vorzunehmenden Handlungen zu besorgen ist. Die Verordnung regelt dann noch Arbeitszeit und Unterbringung der Kinder. Aber leider reicht der Arm des Berliner Polizeipräsidenten zwar in Berlin weit, was aber hilft das, wenn viele Berliner Firmen in Neubabelsberg, Staoten und Woltersdorf ihre Ateliers haben, und draußen im Reich, namentlich in München, dem zweiten Hauptort der Filmindustrie, sein Wort nichts gilt.

Die Sozialdemokratie hat darum das einzig mögliche in dieser Sache getan und im Reichstag eine Novelle zum Kinderschutzgesetz beantragt, die inhaltlich im wesentlichen mit der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten übereinstimmt.

Das aber mißfiel der Reaktion. Sie, die nicht genug die Schamlosigkeit gewisser Filme verurteilen kann, hat keine Bedenken, daß Kinder zur Herstellung solcher Filme verwandt werden und dabei ihre gesunde Entwicklung in Gefahr gerät. Schnell wurde im Reichsrat, dem gerade ein Gesetz zum Schutz der Jugendlichen beim Besuch von Lustbarkeiten vorlag, der Kinderschutz bei Filmaufnahmen in diesen Entwurf hineingearbeitet. Grund? Eine Novelle zum Kinderschutzgesetz muß sich im Rahmen dieses Gesetzes halten. Sie muß die Materie reichsgesetzlich regeln, und sie kann entsprechend den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes für die Beschäftigung von Kindern bei Theateraufführungen, die Beschäftigung nur in Ausnahmefällen zulassen. Das aber wollen die Herren, namentlich die aus Bayern nicht. Sie wünschten nur ein Reichsratsgesetz, auf daß Bayern machen kann, was es will, und auf daß, wenn Preußen, Sachsen und Hamburg sich ihrer Pflicht bewußt sind, die Industrien in Berlin, Leipzig und Hamburg keine Kinder verwenden können, die Münchener aber wohl. Sie hatten darum auch von vornherein die Bestimmung sehr lax gemacht. Sie verboten die Beschäftigung, um dann Ausnahmen für alle Altersstufen, auch für Kinder unter drei Jahren zuzulassen.

Im Plenum des Reichstages hatte die bayerische Volkspartei durch ihren Einspruch zunächst die 3. Lesung und damit die Annahme des sozialdemokratischen Entwurfs verhindert, nachdem Herr Schwarzer vorher in seiner Rede beklagt hatte, daß nach Annahme dieses Entwurfs kein vollständiges und echtes Familienbild mehr gezeigt werden könnte! Mit Recht hat die Zeitschrift der Münchener Filmindustrie seine Rede vollständig abgedruckt. Sie war ihr ein gutes Plaidoyer.

Nun wurde hinter den Kulissen von der Filmindustrie eifrig auf die bürgerlichen Parteien gefeuert. Blödsinnig versuchte die bayerische Volkspartei zu einem Kompromiß mit der Filmindustrie zu gelangen: wir erlauben euch die Kinderausbeutung, schweigst dann, wenn wir zur Hebung der Sittlichkeit die Zensur verschärfen.

Aber der Anschlag mißlang. Am 17. Juli wurde der sozialdemokratische Antrag in 3. Lesung angenommen, allerdings mit dem Zusatzantrag Schwarzer, für Kinder unter drei Jahren bei Aufnahmen für Filme zu Heilzwecken und wissenschaftliche Filme Ausnahmen vom völligen Aufnahmeverbot zuzulassen. Damit hat die Sozialdemokratie die Ausbeutung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz des Kindes auf ein neues Gebiet erreicht.

Die Kontrolle der Uebertretungen ist in diesem Falle nicht schwer. Der Film gibt sie wieder. Das Publikum aber kann darüber hinaus die Polizei kontrollieren, damit sie mit ihren Ausnahmebestimmungen nicht zu weitherzig ist und sich nur vom Interesse des Kindes leiten läßt.

Frauenüberschuß.

Bei der Volks- und Berufszählung am 1. Juni dieses Jahres ergab sich, daß der Frauenüberschuß in Deutschland seit Kriegsende bereits wieder zurückgegangen ist. In Deutschland (ohne Saargebiet) gab es mehr weibliche Einwohner als männliche:

im Jahre 1925	1,9 Millionen
„ „ 1919	2,8 „
„ „ 1910	0,8 „

Der Frauenüberschuß vom Jahre 1919 entspricht im Vergleich zu dem vom Jahre 1913 ungefähr gerade unserem Kriegsverlust von zwei Millionen Männern. Heute ist die Verschiebung in der Zahl beider Geschlechter zu einem Teil schon wieder ausgeglichen. Wir nähern uns wieder dem Verhältnis der Vorkriegszeit.

Auf je 1000 männliche Einwohner kamen Frauen:

1910	1 029
1919	1 100
1925	1 071

In Großbritannien kommen auf 1000 Männer 1093 Frauen und im europäischen Rußland 1211. Geringer ist der Frauenüberschuß in neutralen Ländern: Dänemark 1049, Schweden 1037, Niederlande 1013. Von einem Männerüberschuß wird berichtet aus Irland (16 pro tausend Frauen) und Rumänien 15.

In den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg ist in Deutschland der Frauenüberschuß ständig zurückgegangen. 1882 kamen auf 1000 Männer 1042 Frauen, 1914 nur noch 1026,4.

Der Frauenüberschuß wird häufig als Ursache zunehmender Frauenerwerbsarbeit (verringerte Heiratsmöglichkeit) bezeichnet. Sicher ist das nicht in dem Maße berechtigt, wie allgemein angenommen wird. Man stellt sich nämlich nur zu leicht beim Vergleichen der Einwohnerzahlen beider Geschlechter alle Menschen als in den mittleren Lebensjahren befindlich vor und vergißt, bei seinen Betrachtungen die Altersgliederung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Bei der letzten gründlichen Volkszählung vor dem Krieg, im Jahre 1907, zeigte sich, daß trotz des auch damals bestehenden Frauenüberschusses in den Altersgruppen bis zum 40. Lebensjahr die Zahl der Männer größer war, wie die der Frauen. Erst vom 50. Jahre ab überwiegt die Zahl der Frauen bedeutend. Es handelte sich dabei zu einem großen Teil um Witwen.

Man wird bei der Beurteilung des im Juni dieses Jahres ermittelten Frauenüberschusses auch erst die Ergebnisse der Altersstatistik der Bevölkerung abwarten müssen, ehe man Schlüsse daraus ziehen kann. A. G.

Die Frau als Prokuristin. Waren in den Jahren vor dem Krieg Frauen in leitender Stellung, Frauen als Vorgesetzte von Männern nur sehr selten anzutreffen, so hat sich das in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren sehr geändert. Die Zahl der Frauen in solchen Stellungen hat sicher außerordentlich zugenommen. Als ein Symptom dafür kann man ansehen, daß im Zentral-Handelsregister allein im März dieses Jahres 97, und im April 78 Frauen als Prokuristin eingetragen wurden. Ehefrauen, die Procura im Geschäft ihres Mannes erhelten, sind in diesen Zahlen nicht eingerechnet. Als Geschäftsführerin von Gesellschaften wurden in der gleichen Zeit 37 bzw. 24 Frauen eingetragen.

Es wird interessant sein, zu erfahren, wie bei der vor wenigen Wochen erfolgten Berufszählung die Aenderung der sozialen Stellung vieler Frauen zum Ausdruck kommt.

Scherz und Ernst

Gratifikation. Arbeiter: „Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, Herr Kommerzienrat, es sind heute vierzig Jahre, daß ich in die Fabrik eingetreten bin.“ — Fabrikant: „So? Na, dann gehen Sie nur schön an Ihre Arbeit und denken Sie darüber nach, was für einen Haufen Geld Sie in diesen vierzig Jahren aus meiner Fabrik hinausgetragen haben!“

Gentleman und Dieb. Ein eleganter Herr vermischt sein seidenes Taschentuch und beschuldigt einen Iren, es gestohlen zu haben. Schließlich fand er es in seiner Tasche und bat den Iren um Entschuldigung. „Ach, das macht nichts,“ sagte dieser. „Sie dachten, ich wäre ein Dieb, und ich dachte, Sie wären ein Gentleman, und da haben wir uns beide getäuscht.“

Tüchtig. „Sie sind wohl noch nicht ganz klar darüber, Fräulein Müller, wann hier auf dem Bureau angefangen wird zu arbeiten?“ „Nein, Herr Direktor. Wenn ich komme, sind immer alle schon bei der Arbeit.“

Die neue Sprache. A.: „Na, wie gehts Geschäft?“ B.: „Bubikopf.“ „Was heißt Bubikopf?“ „Wie abgeschnitten. Und bel dir?“ „Tennisschuh.“ „!?“ „Ohne Absatz.“

Der kleine Gustav kann in der Besetzung nicht recht über das Wort „Stoff“ hinwegkommen. Der Lehrer versucht ihm ein wenig auf die Sprünge zu helfen. „Na, Gustav, woraus sind denn deine Hosen gemacht?“ — „Aus Baterns“, kommt es glücklich heraus.

Ein fleisches Gemüt. Bäuerin: „Wollen wir nicht zu unserer silbernen Hochzeit ein Schwein schlachten?“ Bauer: „Warum denn? Was kann das Schwein dafür, daß wir fünfundsiebzig Jahre verheiratet sind.“